



Ausgabe 13/2011

27. September 2011

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

GdP zu Einigung bei Sicherungsverwahrung

GdP-Bundesvorsitzender Witthaut: Neugestaltung der Sicherungsverwahrung birgt hohes Belastungsrisiko für Justiz und Polizei

Die von den Justizministern des Bundes und der Länder offenbar einmütig getragene Reform der Sicherungsverwahrung findet die Zustimmung der Gewerkschaft der Polizei (GdP). GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Das von Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger vorgelegte Eckpunktepapier hat die vom Bundesverfassungsgericht bemängelten Punkte an der bestehenden Sicherungsverwahrung in Gänze

aufgenommen und in ein aus Sicht der GdP verfassungskonformes Korsett geschnürt. Damit berücksichtigt die Ministerin auch die Forderung von Bürgerinnen und Bürgern nach Schutz vor gefährlichen Straftätern. Das neue Konzept birgt aber ein großes Risiko. Der stark therapeutische Ansatz und der künftige Rechtsanspruch auf Vollzugslockerung schon während der regulären Haftzeit wird mit großer Wahrscheinlichkeit eine massive Belastung zunächst der Justiz, und im Weiteren der Polizei provozieren.“ Das Konzept der Justizministerin sehe zudem vor, dass auch gefährliche Täter begleiteten und unbegleiteten Ausgang haben müssten. Es liege, so Witthaut, auf der Hand,

dass Justizbedienstete und wohl auch Polizisten gefährliche Täter beim begleiteten Ausgang bewachen würden. Darauf,



so Witthaut, seien weder Justizvollzug, noch Polizei ausreichend vorbereitet. Insbesondere die gesetzliche Vorgabe, dem Gefangenen unverzüglich therapeu-

tische Maßnahmen anbieten zu müssen, setzte, so befürchtet Witthaut, den Justizvollzug unter hohen Druck. Könnte der Gefangene nachweisen, dass ihm während der Haftzeit keine angemessenen Therapien und Vollzugslockerungen angeboten und ermöglicht wurden, müssten selbst hochgefährliche Täter entlassen werden. Der GdP-Vorsitzende: „Versagt der Vollzug und ist deshalb der Gefangene zu entlassen, müssen zahlreiche Polizeibeamte für die Rund-um-die-Uhr-Bewachung der Entlassenen abgestellt werden.“

Tatsächlich, so mahnt Witthaut, stehe die gesamte Struktur des Justizvollzuges in Frage: „Das neue Gesetz darf nicht dazu führen, dass es Gefangene erster und zweiter Klasse gibt. Es wird nicht lange dauern, bis der erste zu einer einfachen Haftstrafe Gefangene nachfragen wird, warum er denn keinen Anspruch auf eine Therapie und Vollzugslockerungen hat.“

Beschlüsse der Sonderkonferenz „Sicherungsverwahrung“ der Justizminister

Die Beschlüsse, die am 22. September 2011 in Magdeburg von den Justizministerinnen und Justizministern gefasst wurden, haben im Wesentlichen zum Inhalt: Der Begriff „Sicherungsverwahrung“ soll künftig wegen des Therapiegedankens „Sicherungsunterbringung“ lauten. Zudem muss analog des vom Bundesverfassungsgerichts gewährleisteten Abstandsgebots eine Differenzierung zwischen Straftat und Sicherungsunterbringung realisiert werden. Die Justizminister erkennen dabei die gerichtliche Forderung an, einerseits die Bevölkerung vor gefährlichen Gewalt- und Sexualstraftä-

tern zu schützen und andererseits die Bedingungen für eine freiheitsorientierte und therapiegerechte Unterbringung zu schaffen.

Hierfür trafen die Justizminister explizit folgende Beschlüsse:

- Erklärung der Notwendigkeit einer nachträglichen Sicherungsverwahrung
- Einführung einer „vorbehaltenen Sicherungsverwahrung“ im Jugendstrafrecht. Der Erziehungsgedanke soll dabei primär zum Ausdruck kommen

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050



Fortsetzung von Beschlüsse der Sonderkonferenz „Sicherungsverwahrung“

- Umgehender Start des Gesetzgebungsverfahrens hinsichtlich der Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (GÜL) sowie einer Verwaltungsvereinbarung über den Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ), um den zeitlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden
- Gemeinsamer Vollzug von Sicherungsunterbringung und Therapieunterbringung

Die Beschlüsse sind im Einzelnen unter <http://www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=47438> abrufbar.

LV Helmut Bahr zur Einführung der elektronischen Fußfessel

In einem Radiointerview mit BR 2 stellte der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr die Probleme im Umgang mit der elektronischen Fußfessel dar. Nach Plänen der Bayer. Justizministerin Beate Merk soll diese ab nächstem Jahr in Bayern in einen Probetrieb gehen. Helmut Bahr beurteilte die elektronische Fußfessel kritisch. Er bezeichnete dieses Instrument lediglich als „Hilfsmittel“, das keine Straftat verhindern könne. Auch eine Entlastung für die Bayer. Polizei sei nicht zu erwarten. Eine Abschreckenswirkung, die Justizministerin Merk propagiert, sieht LV Bahr ebenso nichts als gegeben an, da nun mal die Fußfessel eine generelle Sicherheit nicht gewährleisten kann. LV Bahr fasste abschließend zusammen: „Eine Fußfessel ist sicherlich besser als gar nichts, sie ist aber nun mal kein Ersatz für eine geschlossene Einrichtung.“ Das gesamte Interview ist zu finden unter <http://www.br-online.de/bayern2/radiowelt/11-kw39-radiowelt-fussfessel-ID1317098517627.xml>

16.000 Polizisten begleiten Papst Benedikt XVI. sicher durch Deutschland

Rund 16.000 Polizistinnen und Polizisten haben für einen reibungslosen Be-

tholischen Kirche für seine Anhänger in Deutschland zu einem unvergesslichen und freudigen Erlebnis wurde, so die Gewerkschaft der Polizei (GdP). GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Das war eine großartige Leistung aller Kolleginnen und Kollegen. In Berlin, Erfurt und Freiburg haben sich die Einsatzkräfte erfolgreich bemüht, die Belastungen

Dieser Papst-Einsatz, so Witthaut weiter, habe dennoch zu außerordentlichen Mehrbelastungen geführt, da Großeinsätze dieser Art für Polizeibeamtinnen und -beamte aus nahezu allen Bundesländern und der Bundespolizei spürbar zunähmen.

Der baden-württembergische GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner: „Bei solchen Einsätzen ziehen alle Polizistinnen und Polizisten in Deutschland an einem Strang. Sie sind rund um die Uhr im Einsatz. Es ist daher nicht verständlich, dass die Länder unterschiedliche Regelungen zum Beispiel bei der Anerkennung der Dienstzeiten für Beamtinnen und Beamte praktizieren. Die GdP fordert die Innenministerkonferenz auf, dafür zu sorgen, dass die Bereitschafts-



such des Papstes in Deutschland gesorgt und dazu beigetragen, dass der dreitägige Aufenthalt des Oberhauptes der ka-

für die Bevölkerung durch die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen so gering wie möglich zu halten. Das ist ihnen mit einer transparenten und aufwendigen Informationsarbeit gelungen, zu der auch tausende Gespräche mit Anwohnern der gesicherten Fahrtstrecken des Papstes gehörten.“



zeiten für Beamtinnen und Beamte bundeseinheitlich zu 100 Prozent vergütet werden.“



Polizisten immer häufiger Opfer von Gewalt

Deutschlands Polizisten leben gefährlich. Die Zahl der Gewaltübergriffe gegen Beamte hat zwischen 2005 und 2009 kontinuierlich zugenommen - und die Gewalt selbst ist härter geworden. Das ist das Ergebnis einer bundesweit bislang einmaligen Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen in Zusammenarbeit mit zehn Bundesländern, die der NDR 1 Welle Nord exklusiv vorliegt. Der Freistaat Bayern hatte sich der Beteiligung an der Studie verweigert.

20 Übergriffe pro Woche

Und der Trend setzt sich fort: Nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei GdP hat es z.B. in Schleswig-Holstein 2010 etwa 1.000 Übergriffe auf Polizisten gegeben (2007: 396). Das sind 20 pro Woche, drei am Tag. Insgesamt 282 Beamte wurden dabei verletzt.

Familienstreitigkeiten besonders gefährlich

Die Studie kommt zudem zu dem Schluss, dass Familienstreitigkeiten am Wochenende für Polizisten besonders gefährlich sind. Denn obwohl die Polizei meist gerufen werde, um einen internen Streit zu schlichten, werde sie unversehens das Ziel gewalttätiger Angriffe der Kontrahenten - so die Erfahrungen von vielen der befragten Beamten.

Jeder zehnte Polizist dienstunfähig

Jeder zehnte Beamte ist laut Studie in den letzten Jahren durch Gewalttaten bereits dienstunfähig geworden. „Heutzutage ist es so, dass es nicht nur bei verbalen Beleidigungen bleibt, sondern Kolleginnen und Kollegen immer öfter Bedrohungen, Körperverletzungen und gewalttätigen Angriffen ausgesetzt sind - und das nimmt leider stetig zu“, sagt Landesvorsitzender Helmut Bahr.





BISTE - HASTE - KANNSTE

BISTE GdP-Mitglied - HASTE die Möglichkeit GdP-Mobile zu bestellen - KANNSTE folgende Leistungen nutzen

- keine Grundgebühr,
- Keine Vertragsbindung,
- kein Mindestumsatz!
- Flatrate ins deutsche Festnetz!
- Kostenfreie Gespräche innerhalb der GdP-Mobile-Gruppe!
- Partnerkarten für Familienmitglieder!
- GRATIS das SAMSUNG E1080!

Und das alles im besten Netz Deutschlands!



FÜR SAGENHAFTE: 



EXKLUSIV FÜR GdP-MITGLIEDER!

JETZT BESTELLEN! WWW.GdPBAYERN.DE/GdPMOBILE

